

Wien, am Donnerstag, den 15. November 1923. Zweite Ausgabe

Die Finanzsorgen der Gemeinden. Der Städtebund hielt heute im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz des Vizebürgermeister Emmerling (Wien) und des Bürgermeisters Dr. Bercht (Klagenfurt) eine Vorstandssitzung ab, an der die Bürgermeister aller grösseren österr. Städte teilnahmen. Bürgermeister Mehr (Linz) berichtete ausführlich über die kürzlich erfolgte Vorgesprache der vom Städtetag in Klagenfurt gewählten Abordnung beim Bundesfinanzminister Dr. Kienböck. Die Abordnung hat dem Bundesfinanzminister die finanziellen Schwierigkeiten der grösseren Gemeinden eingehend geschildert. Leider konnte irgend eine bindende Zusage, dass den Städten von der Regierung geholfen werden wird, nicht erlangt werden. Der Referent unterbreitete der Sitzung den vom Bundesfinanzminister gemachten Vorschlag an Einsetzung eines Komitees, das die weiteren Verhandlungen zu führen habe. An dieses Referat knüpfte sich eine ausführliche Aussprache. Bürgermeister Hofrat Ott (Salzburg) bespricht die grosse Belastung, die den Gemeinden nunmehr durch die staatliche Kleinrentnerhilfe aufgebürdet werden soll. Er beantragt, dass die Städte unverzüglich dem Städtebund das Material über diese neue Ausgabe unterbreiten sollen. Bürgermeister-Stellvertreter Rückl (Graz) teilt mit, dass die Stadtgemeinde Graz diese Belastung auf Grund der Behelfe der Landesregierung mit rund 400.000 Schilling errechnet hat. Das bedeute für Graz, dass die Stadt den Zinsendienst für die Vorkriegsanleihen mit 120 Prozent zu leisten hätte, demnach bei einer vollen Aufwertung der städtischen Anleihen aus der Vorkriegszeit besser wegekäme, als durch das Gesetz über die staatliche Kleinrentnerhilfe. Graz könne die grosse Summe nicht aufbringen. Bürgermeister Dr. Bercht (Klagenfurt) wünscht einen gesetzlichen Schutz für die Gemeinden vor den Zugriffen der Landesregierungen. Wenn die Städte durch die fortwährenden neuen Belastungen gezwungen sein werden, neue Steuern einzuhoben, dann müsse der breiten Öffentlichkeit gesagt werden, dass dies gegen den Willen der Stadtverwaltung geschehe; nur die unerbittliche Not diktiere den Gemeinden diesen Schritt. Redner wünscht eine grössere Aktivität des Städtebundes und fortwährende Information der Tagespresse über die Arbeit und die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden. Bürgermeister Muchitsch (Graz) bezeichnet es als sehr merkwürdig, dass die Regierung den Städten, die zu ihr um Hilfe in grosser Not kommen, nicht nur diese Hilfe verweigert, sondern ihnen noch neue Lasten auferlegen will. Die Städte müssen diesen neuen Anschlag abwehren und die alten Forderungen an den Bund, insbesondere nach Ueberweisung des Präzipiums, durchsetzen. Abgeordneter Dr. Danneberg (Wien) meint, dass die Ursache der finanziellen ^{Not} der Städte in der Zusammensetzung der Regierung zu suchen sei. Die Regierung hat für die Städte ein relativ geringes Interesse, weil die christlichsoziale Partei nur in sehr wenigen Städten dominiert, der Landbund städtische Interessen überhaupt nicht vertritt und eigentlich die Agrarier die Mehrheit in der Regierung bilden. Die Wünsche des Städtebundes fänden deshalb in der Regierung wenig Widerhall. Was das Präzipium anlangt, so hat der Bund den Ländern schon einen Teil zurückerstattet und es wäre nur recht und billig, jetzt auch den Gemeinden ihren Anteil auszus zahlen.

Es sprachen noch eine Reihe von Bürgermeistern, worauf in das Komitee, das die Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister zu führen hat, entsendet wurden: Bürgermeister-Stellvertreter Hofrat Zeiner (Baden), Bürgermeister Baran (Krems), Bürgermeister Ofenböck (Wiener Neustadt), Bürgermeister Mehr (Linz), Bürgermeister-Stellvertreter Rückl (Graz), Bürgermeister Dr. Bercht (Klagenfurt), Bürgermeister Hofrat Ott (Salzburg) und Bürgermeister Dr. Eder (Innsbruck). Das Komitee wurde beauftragt sofort eine Entschliessung auszuarbeiten, die alle Forderungen der Gemeinden enthält und die von den einzelnen Gemeindevertretungen beschlossen werden soll. Schliesslich wurde als Tagungsort für den nächsten Städte tag die Landeshauptstadt Graz bestimmt.